

08. Juli 2011

Europäisches Parlament nimmt Initiativbericht zum Fünften Kohäsionsbericht und Strategie für die Kohäsionspolitik nach 2013 an

Cornelia Ernst, Manuela Kropp

In der letzten Plenarsitzung hat das Europäische Parlament den Initiativbericht zum Fünften Kohäsionsbericht und zur Strategie für die Kohäsionspolitik nach 2013 angenommen. Darin bekennt sich das Parlament zu einer Kohäsionspolitik, die als Pendant zum Binnenmarkt und im Dienste der Entwicklung eines innovativen und solidarischen Europas die endogenen Potenziale aller Regionen nutzen muss. Die Kohäsionspolitik sei ein Thema von großer Bedeutung für die Bürger, da sie Europa erlebbar mache und ihm konkrete und sichtbare Gestalt verleihe.

Positive Aspekte des Initiativberichts:

Es wird klargestellt, dass sich die Kohäsionspolitik auch weiterhin auf die Verringerung von Ungleichgewichten und eine harmonische, nachhaltige Entwicklung konzentrieren muss. Dabei soll der Großteil der Fördergelder in die bedürftigsten Regionen gehen, jedoch sollen alle Regionen von der Förderung profitieren. Es wird unterstrichen, dass die Kohäsionspolitik nicht zu einem bloßen Umsetzungsinstrument der Strategie EU 2020 degradiert werden darf, außerdem dürfe Bestrebungen, die Kohäsionspolitik zu renationalisieren oder zu sektoralisieren, nicht nachgegeben werden.

Es ist zu begrüßen, dass der Bericht die Bereitstellung einer tragfähigen finanziellen Unterstützung für Regionen fordert, die in der nächsten Förderperiode nicht mehr unter das Konvergenzziel, also Höchstförderung, fallen werden. Dies soll im Rahmen einer Zwischenkategorie geschehen.

Außerdem ist positiv zu bewerten, dass der Bericht für die Kohäsionspolitik in der nächsten Programmperiode mindestens die gleichen Haushaltsansätze fordert wie für die laufende Förderperiode.

Die bisherige Zielstruktur der Kohäsionspolitik soll erhalten bleiben, und die Mittel für die territoriale Zusammenarbeit sollen auf 7 % Strukturfonds-Anteil erhöht werden.

Der Bericht fordert die Stärkung von Synergien zwischen dem EFRE und ESF, bspw. durch eine verstärkte Kreuzfinanzierung und die Festlegung gemeinsamer Förderkriterien. Für den EFRE, den ESF, den Kohäsionsfonds, die Rahmenprogramme, den Fonds für ländliche Entwicklung und den Europäischen Fischereifonds soll ein gemeinsamer Strategierahmen festgelegt werden.

Der ESF soll Teil der Kohäsionspolitik bleiben, dessen Stärke und Sichtbarkeit soll durch die Europäische Kommission erhöht werden.

Der Initiativbericht erkennt die Schlüsselrolle von städtischen Gebieten an, und befürwortet die Förderung von Partnerschaften zwischen städtischen Gebieten und ländlichen Regionen.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wird als zentraler Indikator für die Festlegung der Förderungswürdigkeit von Regionen anerkannt, jedoch sollen auch die zuständigen nationalen und regionalen Stellen die Möglichkeit erhalten, andere Indikatoren mit einzubeziehen, mit denen die jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen (Ökologie, Demografie) bewertet werden können.

Negative Aspekte des Initiativberichts:

Negativ zu bewerten ist die Einordnung der Lissabon-Strategie im Initiativbericht und die Behauptung, deren Scheitern sei auf die mangelnde Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten zurückzuführen.

Die Anbindung der Kohäsionspolitik an die neoliberale Strategie EU 2020 soll durch die Festlegung von Schlüsselinvestitionsprioritäten in den Entwicklungs- und Investitionspartnerschaften erfolgen. Hier wird zwar eine "angemessene" Vorgehensweise im Sinne des Partnerschaftsprinzips gefordert, aber es bleibt abzuwarten, wie das konkret ausgestaltet werden wird. Die Zahlungen aus den Strukturfonds sollen, so die Forderung des Initiativberichts, an die Erfüllung von Konditionalitäten gebunden werden, diese sollen im Vorfeld zwischen Kommission und Mitgliedstaaten festgelegt werden. An einer Stelle im Bericht heißt es, Konditionalitäten könnten bspw. "die Durchführung von Reformen" sein, um die effiziente Nutzung von Fördermitteln zu gewährleisten, an anderer Stelle jedoch werden auch "strukturelle Reformen" als mögliche Konditionalität vorgeschlagen.

Des Weiteren wird eine Begrenzung der Förderzeiträume für Regionen gefordert, sollten sie nach mehreren Programmperioden Höchstförderung "keine nennenswerten Verbesserungen" ihrer Situation erreicht haben.

Der Bericht fordert eine Erhöhung der Mittel für Ziel 2 (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung), jedoch nicht explizit eine Erhöhung der Mittel für die rückständigsten Regionen. Außerdem wird eine "Überprüfung" des EU-Höchstanteils bei der Kofinanzierung gefordert, wobei der EU-Höchstanteil stärker differenziert werden soll. Die Zuschussförderung soll als Mittel der Wahl erhalten bleiben, allerdings ist der Absatz, der für die rückständigsten Regionen die Zuschussfinanzierung als hauptsächliches Finanzierungsinstrument forderte, vom Parlament abgelehnt worden.

Der Bericht fordert die Stärkung des Partnerschaftsprinzips und dies muss im Grunde positiv bewertet werden, jedoch wird nur eine verbindliche Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und Vereinigungen gefordert (die Wirtschafts- und Sozialpartner sowie zivilgesellschaftliche Organisationen werden nicht erwähnt), und diese verbindliche Einbeziehung soll nur "gemäß den verfassungsmäßigen und institutionellen Rahmenbedingungen der Mitgliedstaaten" erfolgen - dies lässt den Mitgliedstaaten viel Raum, um das Partnerschaftsprinzip zu umgehen.